

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Piratenpartei; mit der kam ein bisschen die Forderung nach Übertransparenz in Mode. Jeder sollte alles von jedem wissen dürfen, ja fast schon wissen müssen: die Nachbarn Ihren Steuerbescheid, die Arbeitskollegen die Höhe Ihres Verdienstes und der Bürger jedes Gespräch innerhalb der Verwaltung.

Nun ist Transparenz tatsächlich eine gute Sache, nämlich da, wo sie hingehört, zum Beispiel wenn sich der Vorstand der Grünen wieder mal selbst Coronaboni ausschüttet und dann nicht angibt oder wenn zwischen ökosubventionsempfangenden Firmen, steuerfinanzierten NGOs und grüner Partei munter hin und her gewechselt wird. Da wäre Transparenz gar nicht schlecht.

Als Vertreter der Hyper- und Doppelmoral fangen die Grünen natürlich nicht bei sich selbst an – nein, lieber wollen sie vollumfängliche Transparenz von allen anderen, ob sinnvoll oder nicht, egal was es kostet, aus Prinzip.

Zwei endlose Jahre war dieser Antrag in den Ausschüssen geparkt, hat uns Sitzungszeit und Expertenanhörungen gekostet. Das Ende vom Lied ist: Alle sind dagegen, sogar CDU, SPD und FDP, die Experten, die diesen Antrag teilweise vernichtend beurteilt haben, und wir sowieso.

So könnte alles in bester Ordnung sein: ein weiterer unsachgemäßer Antrag der Grünen in den Akten versenkt. Doch in ein bis zwei Monaten ist die Gefahr groß, dass die Grünen diesen oder andere, zum Teil noch viel schädlichere Anträge für unser Land und unsere Kommunen in Regierungsverantwortung durchbekommen – jedenfalls dann, wenn Sie CDU, FDP oder SPD wählen und am nächsten Tag mit den Grünen in der Regierung aufwachen. 0,0 grünen Unsinn gibt es auch nach dem 15. Mai, der Landtagswahl, nur mit uns. – Schönen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Wagner. – Für die Landesregierung spricht nun der Minister, Herr Reul.

**Herbert Reul,** Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Gesetzentwurf zwei Jahre diskutiert wird, danach fast alle Fraktionen und auch alle Sachverständigen in der Anhörung dagegen sind und ihn kritisieren, warum soll die Landesregierung dann dafür sein? Ich schließe mich dem an: Das Ding bringt nichts, es kostet nur viel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/17001. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, SPD und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/17001 abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8722 – Neudruck. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/16951, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8722 – Neudruck** –, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

**18 Auch die Landesregierung muss die Realitäten endlich anerkennen – Umgestaltung der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/16915

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden sollen (s. *Anlage 1*).

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16915. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16915 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

**19 Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts und zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/16317



## Anlage 1

**Zu TOP 18 – „Auch die Landesregierung muss die Realitäten endlich anerkennen – Umgestaltung der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ – zu Protokoll gegebene Reden**

**Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

*In ihrem Antrag vom 29.03.2022 fordert die Fraktion der AfD eine Neuausrichtung der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“: Die Zielgruppe solle zukünftig grundsätzlich auf die Gruppe der ausreisepflichtig Geduldeten beschränkt werden. Die Landesregierung lehnt dies ab.*

*Ich spreche hier für die gesamte Landesregierung: Wir in Nordrhein-Westfalen möchten allen jungen Menschen eine Chance geben, den Einstieg in Ausbildung und Arbeit zu schaffen und damit perspektivisch unabhängig von staatlichen Leistungen zu werden. Es gilt, eine Integration in den Arbeitsmarkt so früh wie möglich zu unterstützen, damit sich die Potenziale der Menschen entfalten und eingebracht werden können sowie die verbrachten Jahre in Deutschland keine vergeudete Zeit für die Menschen darstellen.*

*Sprache, (Aus-)Bildung und Arbeit sind unerlässlich für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mit der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ bauen wir das Fundament, damit die jungen Menschen in diesen Bereichen erfolgreich sein können.*

*Und wir sehen, dass unser Unterstützungsangebot wichtig ist und gut angenommen wird. Ausgehend von einer potenziellen Zielgruppe von rund 23.600 Personen mit Duldung oder Gestattung im Alter von 18 bis 27 Jahren in NRW lässt sich festhalten, dass wir trotz Pandemie – Kurse konnten teilweise erst verspätet starten oder nur in digitaler Form stattfinden – bereits knapp ein Drittel der Zielgruppe – nämlich 7.167 – junge Menschen bereits aufgenommen haben.*

*Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, dass der Erfolg sich nicht immer nur an Eintrittszahlen in Ausbildung und Arbeit messen lässt. Das ist das langfristige Ziel und deshalb erfassen wir natürlich in unserem Monitoring den Arbeitsmarktstatus der Teilnehmenden auch zum Zeitpunkt des Eintritts in die Landesinitiative.*

*Erfolg ist, wenn wir Menschen auf dem Weg in Ausbildung und Arbeit unterstützen, die ansonsten nicht gefördert worden wären. Es würde zu kurz greifen, lediglich den Arbeitsmarktstatus bei Eintritt und Austritt zu vergleichen. Wir begleiten*

*die Menschen über einen sehr langen Zeitraum, viele Teilnehmende werden während der Teilnahme in Ausbildung und Arbeit vermittelt, andere haben aber auch schon eine Ausbildungsstelle und werden dabei unterstützt, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Wieder andere nehmen durch unsere Unterstützung eine Ausbildung auf und verlassen anschließend aber nicht die Initiative, sondern qualifizieren sich weiter.*

*In diesem Sinne unterstützen die Angebote der Initiative also nicht nur bei dem Eintritt, sondern auch bei der Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen.*

*Die Initiative ist auf eine langfristige Unterstützung der Teilnehmenden angelegt, weil sie diese Unterstützung auch genauso brauchen. Ein Großteil der Eintritte mündet in die gewünschte langfristige Unterstützung der Teilnehmenden.*

*Die Zielrichtung der Initiative wurde in einem intensiven Prozess gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus der Praxis mit Blick auf die Bedarfe der Zielgruppe entwickelt. Sie richtet sich insbesondere an geflüchtete Menschen mit Duldung und Gestattung, die die Unterstützung brauchen und sie anderweitig nicht erhalten. Unter diesen jungen Menschen sind viele, die 2015 noch minderjährig nach Deutschland geflüchtet sind und die Schule in ihren Herkunftsländern noch nicht abschließen konnten.*

*Die Initiative ist deshalb auch so ausgerichtet, dass diese jungen Menschen in Richtung Arbeitsmarkt so weit qualifiziert werden, dass durch ihre Integration in den Arbeitsmarkt dem Fachkräftemangel in NRW gezielt entgegengewirkt werden kann. Dafür bietet die Initiative zum Beispiel die berufsbegleitende Qualifizierung und Sprachförderung (Förderbaustein 2) oder den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses (Förderbaustein 3).*

*Die Initiative wird fortlaufend verbessert und die Definition der Zielgruppe und Zielrichtung werden laufend an die Bedürfnisse der geflüchteten Menschen angepasst. So wurde im Verlauf die Zielgruppe ausgeweitet und es können zum Beispiel auch aus der Ukraine geflüchtete Menschen bei entsprechendem Bedarf von den Förderbausteinen im Rahmen der Initiative profitieren.*

*Die fortlaufende Weiterentwicklung erfolgt im Dialog mit den beteiligten Kommunen, Experten aus der Praxis und Wissenschaft. Eine Neuausrichtung im Sinne des Antrags der AfD ist im Hinblick auf die von der Landesregierung verfolgten Ziele der Bekämpfung des Fachkräftemangels und der möglichst weitgehenden Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen sowie mit Blick auf die Zielgruppe nicht zielführend.*

*An der weiteren Ausgestaltung der Initiative werde ich weiter gemeinsam mit dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Herrn Dr. Stamp, und den beteiligten Kooperationspartnern und Akteurinnen und Akteuren aus der Praxis und Wissenschaft arbeiten.*

*Unser Ziel bleibt dabei, gesellschaftliche Teilhabe und Chancen für diejenigen zu schaffen, die bisher keine entsprechende Unterstützung bei der Integration in Ausbildung und Arbeit bekommen konnten. Und bleiben diese Menschen dann bei uns, gewinnen wir potenzielle Fachkräfte für unseren Arbeitsmarkt.*

*Sollten sie zurückkehren, nehmen sie für ihr Leben neue Perspektiven mit durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung aus Deutschland. So leistet die Initiative in jedem Fall einen wichtigen Beitrag.*

**Marco Schmitz (CDU):**

*Leider muss ich feststellen, dass sich in den letzten fünf Jahren nichts an der Tonalität der Anträge der AFD geändert hat. Ihrer Aufforderung, Realitäten anzuerkennen, sollten Sie selbst erst einmal nachkommen, bevor Sie es an dieser Stelle einfordern.*

*Wir haben die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ ins Leben gerufen, um eine Erfolgsgeschichte für zwei Seiten zu schreiben: Auf der einen Seite stehen die jungen geflüchteten Menschen mit Duldung und Gestattung und auf der anderen Seite die Unternehmen, die Unterstützung benötigen. Diese beiden Seiten sinnvoll zueinander zu bringen, das ist unser Ziel. Dabei stellen wir gezielt diejenigen jungen Menschen in den Mittelpunkt, die im Regelsystem keine Leistungen erhalten können. Unser Ziel ist es, den Jugendlichen ein Angebot zu machen, und zwar unabhängig von ihrer Bleibeperspektive.*

*Junge Menschen haben eine Perspektive verdient und ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich machen, dass diese Perspektive allen Jugendlichen zusteht, egal aus welchem Teil dieser Welt sie ursprünglich kommen. Unser oberstes Ziel ist es, diese Bemühungen in einem Arbeitsverhältnis enden zu lassen, damit die Menschen in die Lage versetzt werden, für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen zu können. An dieser Stelle möchte ich gerne unseren Minister Karl-Josef-Laumann zitieren, der sagte:*

*„Wenn Durchstarten in einen Beruf mündet, sprechen wir über eine klassische Win-Win-Situation. Wir haben junge Menschen, die etwas lernen wollen und wir haben Betriebe, die Hilfe brauchen können. Da kommt zusammen, was zusammengehört.“*

*Getragen wird die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI). Das Land stellt insgesamt 50 Millionen Euro zur Umsetzung zur Verfügung.*

*Um dieses Ziel zu erreichen sieht die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ sechs Förderbausteine vor:*

- 1. Coaching*
- 2. Berufsbegleitende Qualifizierung und/ oder Sprachförderung*
- 3. Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses*
- 4. Schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitende Kurse sowie Teilnahme an Jugendintegrationskursen*
- 5. Innovationsfonds für innovative Maßnahmen und Projekte*
- 6. Teilhabemanagement*

*An dieser Stelle möchte ich einmal auf die Aktualität der Initiative hinweisen: Ich bin froh, dass wir die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ entwickelt haben und ich bin stolz, dass wir dieses Fördersystem in diesen Tagen nunmehr auch nutzen, um aus der Ukraine geflohene Menschen unterstützen zu können. Alle sechs Förderbausteine der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ stehen ihnen offen.*

*Für Ihren Antrag sehe ich in keinem Punkt eine Daseinsberechtigung und daher lehnen wir ihn ab.*

**Gordan Dudas (SPD):**

*Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende, und zu den anzuerkennenden Realitäten nach diesen fünf Jahren zählt, dass die Fraktion am rechten Rand mit vielen Fußnoten arbeitet und in ihren Anträgen gern immer wieder Inhalte über Abschiebung und Rückführung unterbringt. Auch in diesem Antrag ist es das Ziel, Menschen loszuwerden.*

*Wir lehnen den Antrag ab und werden im neuen Landtag Initiativen und inhaltliche Debatten zur Stärkung der Qualifizierung von Menschen und unserer betrieblichen Ausbildung, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, führen. Mit dem Ziel, Menschen eine Perspektive zu geben und nicht allein nach ihrem rechtlichen Status zu bewerten.*

**Stefan Lenzen (FDP):**

*Wenn man Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik verbindet, kann dabei etwas Gutes herauskommen – oder ein Antrag der Afd.*

*Sie geben vor, sich mit einem arbeitsmarktpolitischen Instrument auseinanderzusetzen. Sie kritisieren, dass das Programm nicht die gewünschten Ergebnisse liefere und deshalb umgestaltet werden müsse. Soweit, so Opposition.*

*Die Schlussfolgerungen, die Sie daraus ziehen, sind jedoch fast ausschließlich migrationspolitische. Und da packen Sie wieder ihre ganz spezielle Gesinnung aus. Sie wollen die betroffenen Menschen einfach nur loswerden, raus aus Deutschland.*

*Die Forderung ist nicht neu, sie kommt auch nicht überraschend. Sie zeigt nur, dass es Ihnen gar nicht um ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ geht.*

*Das Programm dient ihnen nur als Projektionsfläche für ihre billigen Parolen.*

*Nun ein paar Worte zum Programm:*

*Mit ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ eröffnen wir jungen Geflüchteten, die derzeit nur gestattet oder geduldet sind, einen Zugang zu den Instrumenten der Arbeitsförderung. Wir schaffen Chancen auf einen anerkannten Schulabschluss und den Einstieg in Ausbildung und Arbeit. Individuelle Betreuung, berufsbegleitende Qualifizierung und Sprachförderung bilden dabei zentrale Aspekte.*

*Insgesamt nehmen 53 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten an dem Programm teil. Die Umsetzung startete im Spätsommer 2020, also nach Beginn der Coronapandemie.*

*Dies hat vielerorts die Planung und Durchführung erschwert. Wir erinnern uns an den einen oder anderen Lockdown. Einen Aspekt, den die Antragsteller gekonnt außen vorlassen.*

*Wir wissen auch, dass sich ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Bausteinen Coaching und Teilhabemanagement wiederfinden. Dies sind niederschwellige Angebote, die auch eine individuelle Beratung und Betreuung ermöglichen. Mit der zeitweiligen Schließung der Bildungseinrichtungen wurde die Umsetzung schulischer und ausbildungsspezifischer Bausteine erschwert und konnte erst nach den Öffnungsschritten richtig starten. Deshalb war es die richtige Entscheidung der Landesregierung die Laufzeit des Projekts zu verlängern.*

*Wir wissen aus den Rückmeldungen der Kommunen, dass die Fortführung eines solchen Programms gewünscht ist. Weil es erfolgreich ist. Weil es Menschen den Zugang zu Ausbildung und Arbeit bietet, die sonst außen vor stünden.*

*Wir werden das Programm selbstverständlich evaluieren und, dort wo es notwendig ist, optimieren:*

*Der nachträgliche Erwerb des Hauptschulabschlusses ist, aus meiner Sicht, noch ein zu selten genutzter Baustein. Hier gilt es zu evaluieren, ob der Bedarf – wegen ausreichender schulischer oder beruflicher Vorbildung der Teilnehmer – nicht besteht oder ob die Förderkriterien zu eng gefasst sind. Wir werden uns auch ganz genau anschauen, wie wir Frauen noch besser erreichen können. Hier gibt es schon innovative Ansätze, die sich als Best Practice anbieten könnten.*

*Eines werden wir allerdings nicht tun: Den Antragstellern auf den Leim gehen. Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt, mehr Menschen mehr Chancen auf Ausbildung und Arbeit zu eröffnen. Ziel unserer Integrationspolitik bleibt: Mehr Chancen für gut Integrierte, unabhängig vom aktuellen Status.*

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):**

*Die Kritik der AfD an dem Projekt ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ teilen wir als Grüne nicht und lehnen den Antrag nachdrücklich ab.*

*Das Programm ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ im Zusammenspiel mit dem Förderprogramm ‚Gemeinsam Klappt‘ will Zugangsbarrieren für die Zielgruppe der jungen erwachsenen Geduldeten und Gestatteten im Alter von 18 bis 27 Jahren mit geeigneten Maßnahmen abbauen, um Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Teilhabe zu schaffen, die Chancen auf einen Ausbildungsabschluss geben. ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ fördert kommunale Projekte, die sich speziell an diese Gruppe richten, da Gestattete und Geduldete bisher nur unzureichenden Zugang zum Arbeitsmarkt und Integrationsangebote haben. Diese Richtung des Programms ist daher zu begrüßen, insbesondere solange die neue Bundesregierung noch nicht ihre im Koalitionsvertrag beschriebenen Vorhaben umgesetzt hat. Dazu zählen beispielsweise verstärkt Bleibeperspektiven für Geduldete zu schaffen, die sogenannte ‚Duldung light‘ abzuschaffen und Integrationskurse für alle Zugewanderten zu öffnen.*

*Die AfD kritisiert ferner, dass das Programm nicht auf die Rückkehr von Personen in ihr Heimatland ausgerichtet sei. Dabei übergeht sie absichtlich in vielen Fällen humanitäre Gründe, die Abschiebungen von Geduldeten unmöglich machen. Den im Antrag sachlich falschen und ausländerfeindlichen Behauptungen, die angesprochene Zielgruppe wäre nicht willens oder nicht imstande überhaupt eine (qualifizierte) Arbeit zu finden, erteilen wir eine klare Absage.*

*Die Landesregierung öffnet ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ in beschränktem Maße auch für Geflüchtete in Landesunterbringungseinrichtungen. Hier sei zum Schluss angemerkt, dass die*

*Teilnahmekriterien noch merklich verbessert werden müssen, um Betroffenen einen besseren Zugang zu ermöglichen. Die Altersbeschränkung etwa sollte demnach gelockert und Beraterinnen und Beratern sowie Ehrenamtlichen der Zugang zu den Unterkünften gewährt werden, um umfangreich über dieses und andere Programme informieren zu können.*

**Dr. Martin Vincentz (AfD):**

*Mit dem Kabinettsbeschluss im April 2019 wurde die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ verabschiedet.*

*Der Landtag hat für die Umsetzung dieser Initiative seinerzeit der Landesregierung 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, also nicht unbedingt wenig Geld. Ziel dieser Landesinitiative ist und war es mithilfe von speziellen Förderangeboten Menschen mit individuellen Unterstützungsbedarf insbesondere junge Geflüchtete im Alter von 18 bis 27 Jahren bei ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit zu unterstützen.*

*Zunächst eine ehrenwerte Absicht, die wir in der Idee unterstützen, aber war das Maßnahmenbündel, das sie dazu auf den Weg gebracht haben auch geeignet, um diesem Ziel tatsächlich gerecht zu werden?*

*Dazu blicken wir vielleicht einmal auf die Ausgangslage und dann die von Ihrer Maßnahme erzielten Resultate:*

*Damit die Arbeitsmarktintegration der wie sich herausstellte überwiegend Geduldeten und Gestatteten Personen zwischen 18 und 27 Jahren in dem Umsetzungszeitraum bis Juni 2023 gelingt beinhaltet die Landesinitiative folgende sechs Förderbausteine:*

1. Coaching
2. Berufsbegleitende Qualifizierung/Sprachförderung
3. Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses
4. Schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitende Kurse sowie Jugendintegrationskurse
5. Innovationsfonds für innovative Maßnahmen
6. Teilhabemanagement

*Daraus ergibt sich eine Verteilung der Personen, die in das Programm eingetreten sind mit Stand vom 30.06.2021:*

Förderbaustein 1: 2.418  
2: 234  
3: 107  
4: 707  
6: 4.619

*90 % dieser Teilnehmer verfügen über den Status geduldet und gestattet und sind im Schnitt 23,8 Jahre alt.*

*Als problematisch angesehen werden kann, dass mehr als die Hälfte, genauer 54,4% der Teilnehmern über keine Sprachzertifikate verfügten, somit davon ausgegangen werden muss, dass die Sprachbarriere eines der größten Probleme nicht nur bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt, sondern eben auch bei der Vermittlung der verschiedenen Förderbausteine darstellt.*

*Und das obwohl 55,3 % dieser Personen bereits seit dem Jahr 2016 und früher in Deutschland leben. An der Stelle zeigt sich auch noch einmal sehr deutlich, wie ungenügend die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung sich in dem Bereich darstellen, trotz teilweise großer Kostenpositionen.*

*Aber zurück zu den Förderbausteinen des Programms: Gerade einmal 3,5% der Teilnehmer nehmen an dem Programm der Sprachförderung teil. Weniger sind es nur noch beim nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, nämlich 1,3%. Dabei handelt es sich hier um die essentiellen Säulen der Integration: Bildung und Sprache.*

*So weit so vielversprechend, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell vorherrschenden Fachkräftemangels in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, dessen Kompensation die Landesregierung im Zuge dieser Initiative in Aussicht gestellt hat.*

*Wir nahmen dies zum Anlass mittels einer Anfrage an die Landesregierung den Erfolg, respektive Sachstand dieser Initiative darzustellen. Aus der Antwort des Ministeriums geht hervor, dass die Initiative keinen ersichtlichen Beitrag dazu leistet, unseren Fachkräftemangel durch Zuwanderung zu kompensieren.*

*Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH, welche im Übrigen vertreten wird durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, hat einen eklatanten Fachkräftemangel, insbesondere für die Gesundheitsberufe festgestellt. Eine gesonderte Ausrichtung der Initiative erfolgte jedoch nicht, offensichtlich war man von dem Erfolg selbst nicht überzeugt.*

*Die Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ lässt sich also auch dahingehend kritisieren, dass man bei der Konzipierung die sinnvolle Integration der Teilnehmer in den Arbeitsmarkt nicht umfangreich im Blick hatte, man sich nicht einmal einfacher Fallstricke bewusst war.*

*Sinnvoll heißt in diesem Zusammenhang eben auch, die Menschen dort einzubringen, wo sie am meisten benötigt werden und da abzuholen, wo sie stehen.*

*Aufschlussreich ist auch der letzte Satz der Stellungnahme des Ministeriums: „Die meisten Teilnehmenden, die einer Beschäftigung nachgehen oder eine Ausbildung absolvieren, werden weiterhin im Rahmen der Landesinitiative unterstützt.*

*Die Evaluierung dieser Initiative zur Kenntnis nehmend, sollten wir demnach alle ein berechtigtes Interesse daran haben, die Eckpunkte dieses Programmes neu auszurichten. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag, um in Zukunft diese einfachen Fehler zu umgehen und das Geld der Steuerzahler auch effektiv und nicht nur wohlwollend zu verteilen.*

